Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 12 (1932-1933)
Heft: 12

Artikel: Sozialdemokratie und Demokratie
Autor: Nobs, Ernst
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-331517

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Sozialdemokratie und Demokratie

Von Ernst Nobs, Zürich.

Die Reaktion hat die Sozialdemokratie in eine ähnliche Lage gebracht, wie sie der Ultramontanismus während des sogenannten Kulturkampfes erlebte. Alle Gegner vereinigen sich zum Kampf gegen uns. Widerhallte einst das Land vom Geschrei wider die Pfaffen, so jetzt von dem Gebrüll gegen die Marxisten. Einst schuf man Ausnahmegesetze gegen die Jesuiten, jetzt wider die Kommunisten. Beiden, den Jesuiten wie den Kommunisten, hat ihr Gegner aus den Bedürfnissen der Demagogie heraus eine Bedeutung gegeben, die sie nicht hatten. Die Jesuiten nicht für den Ultramontanismus, die Kommunisten nicht für die Arbeiterbewegung. Beide kostümierte man heraus zu einem schreckhaften Satan, mit dem man das Volk erschrecken und aufpeitschen, seiner Phantasie eine Verkörperung der Ursache alles Bösen und seinem Zorn eine Zielscheibe der Aktion geben konnte. Beide Reaktionen gegen den politischen Katholizismus, jene der Vierzigerjahre wie die der Achtzigerjahre gingen vorüber, ohne daß er für die Dauer Schaden genommen hätte. Auch die heutige Reaktion wird die schweizerische Arbeiterbewegung, wenn wir der Betrachtung größere Zeiträume zu Grunde legen, nicht in einer Art und Weise schädigen, die nicht bei der unvermeidlich kommenden Wendung der Dinge sehr rasch wieder gutgemacht wäre.

Marxismus und Diktatur des Proletariats sind zum Schlagwort im Munde von Gegnern geworden, die weder den einen noch den andern Begriff wirklich kennen und dazu nicht die bescheidenste Erläuterung zu geben vermöchten, von einer wissenschaftlichen Erklärung nicht zu reden. Auch intellektuelle Gegner, die sich etwas auf Bildung und wissenschaftliches Denken zugute tun, geben sich hemmungslos einer bewußt verlogenen Demagogie hin in dem Irrglauben an die dauernde, unfehlbare Wirkung so eines Wortpopanzes. Manche Genossen meinen deshalb in bester Absicht, es wäre Zeit, manche Begriffe marxistischer Prägung über Bord zu werfen, um so dem Gegner den Vorwand zu Angriffen zu entwinden. Das Letztere ist eine Illusion, denn in solchen Zeiten wie den heutigen erreicht man damit gar nichts als die um den Vorwurf der Heuchelei erweiterte Verstärkung der Hetze. Das Ausweichenwollen wäre auch sachlich unrichtig. Jede große geschichtliche Bewegung (vergleiche Liberalismus und Sozialismus) hat sich gemäß ihrem eigenen Ideengehalt auch eine eigene Terminologie geschaffen, die für die Klärung der Geister, für ihre Lostrennung vom Alten, für die Parteienbildung und Propaganda um ein Neues von größter Bedeutung sind. Wer heute als Sozialist vorschlagen wollte, daß wir zugunsten alter, landläufiger, abgenutzter und darum reichlich zweideutiger Schlagworte (wie Volksgemeinschaft, Volksherrschaft, nationale Volkspolitik usw.) klare sozialistische Wortprägungen aufgeben sollten, die einer neuen Erkenntnis eine neue Bezeichnung gegeben haben (wie Klassenkampf, Ausbeutung, Mehrwert usw), der redete einer offenkundigen Rückbildung, einer Preisgabe

wichtigster gesellschaftlicher Erkenntnisse das Wort. Als berechtigt aber wird man die Forderung bezeichnen müssen, daß wir — und gerade, wenn wir uns an die Volksmassen wenden — einen ihnen unverständlichen, abstoßenden Jargon zu vermeiden haben. Wir werden auch gut tun, Begriffe, die im Zwielicht der Zweideutigkeit stehen (wie der der Diktatur des Proletariats), unermüdlich klarzustellen. Wir brauchen sie nicht aufzugeben. Wir sollen ihren Gehalt aber auch nicht unter dem Eindruck der Reaktion verwässern.

Unser Name besagt es, daß wir eine *demokratische* Partei sind. Wir sind es nicht nur dem Namen nach, sondern viel mehr noch dem Gehalte unserer Bestrebungen nach und nach der Art und Weise, wie wir sie verwirklichen wollen. Noch mehr: Keine einzige bürgerliche Partei hat ihren Parteiorganismus in Aufbau und Funktion so demokratisch gestaltet wie wir. Nirgends ist das Parteileben demokratischer als bei uns. Nirgends sonst bestehen so weitgehende Sicherungen der Parteidemokratie (streng gesichertes Delegationsrecht für Parteitage, Urabstimmung usw.) wie in der Sozialdemokratischen Partei. Keine der bürgerlichen Parteien kann sich in dieser Beziehung mit uns vergleichen. Und auf solche Tatsachen kommt es wohl an und nicht darauf, was eine verleumderische Demagogie behauptet.

Unser Parteiprogramm spricht es schon in der Prinzipienerklärung aus, daß wir die kapitalistische Wirtschaftsordnung durch eine »Gemeinwirtschaft auf demokratischer Grundlage« ersetzen wollen. Unser Programm — bei aller Kritik am kapitalistisch-demokratischen Staate — spricht sich daher aus für die »Erhaltung und Erweiterung der bürgerlichen Rechte und Freiheiten«. Das Programm warnt weiter vor der Verkennung und Unterschätzung der politischen Kampfmittel, wie die Demokratie sie gewährt. Unter der Diktatur des Proletariats verstehen wir nicht die despotische Herrschaft einer Minderheit über die Mehrheit unter Außerkraftsetzung der Demokratie: »Dabei ist sich das Proletariat dessen bewußt, daß man mit Gewalt keine neue Gesellschaft aufbaut, daß die aufbauenden Kräfte in der Arbeit und ihrer Organisation entwickelt werden müssen, und daß deshalb Gewalt nur dazu dienen kann, der gewaltsam gehinderten ökonomischen Entwicklung freie Bahn zu schaffen und gewaltsame Angriffe auf eine neue Organisationsform der Gesellschaftsform abzuwehren.« So steht es im Parteiprogramm, das den Gedanken noch folgendermaßen deutlicher klarstellt:

»Im Gegensatz zur Klassenherrschaft der Bourgeoisie erstrebt die Diktatur des Proletariats nicht die Aufrechterhaltung der Klassen, sondern ihre Beseitigung. Sie wirkt nicht im Interesse einer Minderheit, sondern im Interesse aller Arbeitenden, also der großen Mehrheit des Volkes. *Die Diktatur ist also kein Versuch, durch das Mittel einer Parteidespotie die Interessen einer Minorität zum Siege zu führen. Das klassenbewußte Proletariat kann die Aufhebung des Kapitalismus durch den sozialistischen Aufbau nur zu Ende führen in Uebereinstimmung und mit der beständigen aktiven Unterstützung dieser Mehrheit des arbeitenden Volkes, als dessen Werk der Sozialis-*

mus entstehen muß.« Das Programm erklärt weiter, daß in der sozialistischen Gesellschaft alle Herrschaftsverhältnisse und Vorrechte beseitigt sind. Es schließt mit den Worten: »Die Sozialdemokratische Partei tritt also aus dem Rahmen einer politischen Partei weit hinaus. Sie ist die Fahnenträgerin eines großen Kulturkampfes der arbeitenden Klasse für die Erringung der vollen Menschenrechte, für die Erlösung der Menschen von den Geißeln der Armut und des Krieges, für die Sicherung der kulturellen Errungenschaften und für den kulturellen Fortschritt der ganzen Menschheit.«

An der Spitze des Arbeitsprogrammes der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, beschlossen im September 1924 in Basel, steht der Abschnitt über die »Entwicklung der Demokratie«, der einer weitern *Ausgestaltung der Volksrechte* ruft und damit neuerdings die Bedeutung der Demokratie unterstreicht.

Friedrich Engels schreibt in seiner Kritik des Erfurter Programmentwurfes: »Wenn etwas feststeht, so ist es dies, daß unsere Partei und die Arbeiterklasse nur zur Herrschaft kommen kann in der Form der *demokratischen Republik.* Dies ist sogar *die spezifische Form für die Diktatur des Proletariats,* wie schon die große französische Revolution gezeigt hat.« Gewiß, wir Sozialdemokraten, die wir seit Jahrzehnten die Tyrannei bekämpfen überall, wo sie auftritt, wir wollen nicht Anteil haben an der Tyrannenmacht der Unterdrücker und uns nicht mit ihrer Schuld und ihrem Fluch beladen. Aber freilich, wo die Demokratie aus dem Willen einer Volksmehrheit heraus im Kampfe steht um das Wohl dieses Volkes und die Verwirklichung des Sozialismus, darf sie sich keinesfalls — um der Erhaltung äußerer Formen willen — von der Konterrevolution zerschlagen lassen, wie das in Deutschland geschehen ist, wo die Kommunisten, indem sie mit Faschisten und Junkern zusammen eine Reichstagsmehrheit bildeten, diesen Reichstag aktionsunfähig machten. Neben den großen Fehlern der deutschen Sozialdemokratie, die in den Zeiten der Macht von dieser nicht Gebrauch zu machen wußte, wird es für alle Zeiten die Schuld und Schande des Kommunismus sein, daß er bewußt oder fahrlässig Hitler zur Macht verholfen hat. Seit dem Kapp-Putsch stand die deutsche Demokratie im Kampf ums Ganze. Daß sie nicht zu der Zeit, da die Größe der Gefahr bereits zu erkennen war, sich ihrer Macht bedient hat, und da es nicht mehr anders ging, mit diktatorischer Macht den Widerstand der faschistischen Minderheit zu brechen und die Demokratie zu sichern wußte, — das eben ist ihre große geschichtliche Schuld. Diesen ungeheuren Fehler zahlt die deutsche Arbeiterklasse mit dem Verlust der Freiheit, mit ungeheuren sozialen Opfern und mit dem Martyrium von Hunderttausenden! Das Spiel eines gewissenlosen Junkertums hat einem Diktator die Macht in die Hände gespielt, der auch bei den letzten Wahlen vom 5. März durch keine Mehrheit des deutschen Volkes legitimiert war, da ihm zur Mehrheit noch Millionen Stimmen fehlten! Eine kraftvolle Abwehr der faschistischen Despotie durch die deutsche Republik hätte eben die Sicherung und Vollendung der Revolution von 1918 bedeutet. Da die deutsche Demokratie zu

diesem Kampfe sich unfähig erwies, fällt sie der Konterrevolution und einer Autokratie zum Opfer, die weit schlimmer sind als jeder Gewaltakt Bismarcks oder Wilhelms.

Daß die deutsche Demokratie nicht zu kämpfen wußte, daß sie in der Stunde der Gefahr vor der Zusammenraffung aller Macht und Gewalt zu diktatorischen Abwehrmaßnahmen zurückschreckte, das war ihr Versagen, ihre Schwäche und ihr einstweiliger Untergang. Derartige Kampfformen der Demokratie haben wir im Auge, wenn wir von der Diktatur der Demokratie sprechen. Wahrhafte und wehrhafte Demokratie hat auch in der Vergangenheit schon um kein Haar anders gehandelt. Es handelt sich um Situationen, die im Verlauf der geschichtlichen Entwicklung immer wieder eintreten. Soll ein sozialistisches Programm aber der Dynamik des geschichtlichen Geschehens gerecht werden, so wird es derartige Möglichkeiten nicht außer acht lassen dürfen. Die Schwierigkeit liegt allerdings darin, derartige Möglichkeiten klar zu umschreiben, und in dieser Hinsicht könnte freilich der betreffende Abschnitt unseres Programms klarer gehalten sein.

Wir Schweizer Sozialdemokraten haben nun über ein halbes Jahrhundert lang den Kampf geführt gegen die blanquistischen und anarchistischen Illusionen der *willkürlichen Revolutionsmacherei.* Wir haben dieser Revolutionsromantik auch keineswegs im neuen Parteiprogramm Einlaß gegeben, trotzdem unser Programm von 1920 unverkennbar das Kind der revolutionären Nachkriegsepoche ist und als solches die Sprache seiner Zeit spricht. Was dieses Parteiprogramm aber von unserm sogenannten Arbeitsprogramm, dem Programm der unmittelbaren Tagesforderungen, und was es weiter auch von bürgerlichen Parteiprogrammen in grundsätzlicher Beziehung unterscheidet, ist dies, daß unser Parteiprogramm versucht, der Arbeiterklasse einen Begriff von der Dynamik des geschichtlichen Geschehens zu geben, das heißt in den tiefern Sinn der großen sozialen Krisen einzudringen und danach zu schlußfolgern, aus welchen wirtschaftlichen, sozialen und massenpsychologischen Voraussetzungen etwa die längst in Gang befindliche soziale Revolution in ihr akutes Stadium treten könnte. Man heißt uns schlechte Schweizer, weil wir uns mit solchen Fragen überhaupt befassen und übersieht dabei, daß zwei der hervorragendsten Schweizer sich mit diesen Problemen in einer sehr vorurteilslosen Weise auseinandergesetzt haben. Wir meinen Jakob Burckhardt und Karl Hilty. Einem *Karl Hilty* (von dem das Wort stammt: »Es kann keine Revolution ohne eine Art von Diktatur durchgeführt werden . . .« Polit. Jahrbuch 1886), und einem *Jakob Burckhardt* (siehe »Weltgeschichtliche Betrachtungen«), verdanken wir tiefschürfenden Untersuchungen über die Ursachen, den Verlauf und die Konsequenzen der großen geschichtlichen Krisen. Trotz der Verschiedenheit der Ausgangs- und Zielpunkte muß auffallen, in wie vielen Gedanken eine völlige Uebereinstimmung mit marxistischen Anschauungen besteht. Aber Hilty wie Burckhardt waren sozusagen Außenseiter der vaterländischen Geschichtsschreibung und von den zünftigen Historikern etwas scheel angesehen. Zu viele ihrer Einsichten und Kritiken

richten sich schonungslos gegen die Inhaber der politischen Macht und ihre Schwächen, als daß sie bei den Herrschenden in hohen Ehren stehen könnten. Die in den bürgerlichen Parteien maßgebenden Politiker sind sozusagen ausschließlich Juristen und Verwaltungsmänner, drehen ihre Paragraphenklumpen wie der heilige Scarabäus seinen Mistknollen und bezeigen für den geschichtlichen Werdegang, für die großen sozialen Bewegungen und die Hochspannungen der Uebergangsperioden weniger Verständnis als ein simpler Dorfschuster. Es ist billig, darüber zu spotten, aber es geschähe dem Lande und uns besser, wenn dem nicht so wäre. Die Periode, die zwischen zweien legalen Zuständen, einem frühern und einem neuen Rechtszustand liegt, scheint den Juristen nicht zu interessieren, weil das heilige Recht dann noch nichts Fertiges ist, sondern sich noch im Schmelztiegel der Geschichte befindet. Träten die Herrschenden nicht mit dem Unverstand einer geschichtslosen Klasse — die sie nicht sind — dem Zeitgeschehen gegenüber, so wäre eine Diskussion auch über das unvermeidlich Kommende mit ihnen eher möglich und würde nicht auf so phänomenale Mißverständnisse stoßen. Die zu lange schwankende Stellungnahme der bürgerlichen Parteien zu einem Zeitereignis wie Hitlers Machtergreifung und dem schweizerischen Frontismus bezeugt nur die Richtigkeit der hier eben gemachten Feststellung.

Wenn wir Sozialdemokraten nun auch keine Fabrikanten künstlicher Revolutionen, keine Katastrophenpolitiker und keine Putschisten sind, weil wir erkennen, daß der menschliche Wille allein keine Revolutionen macht, so wissen wir doch auch, daß in den Revolutionen, die aus der Entladung der sozialen Spannungen zwangsmäßig entstehen, der menschliche Wille eine sehr bedeutende Rolle spielt. In solchen Epochen wiegt ein Handeln im Sinne der Sicherung der Demokratie viel schwerer als hundert Lippenbekenntnisse. Hier berühre ich die Scheidelinie, die uns in der Frage der Diktatur des Proletariats von den Kommunisten trennt.

Es gibt keine oberflächlichere, keine unrichtigere Behauptung, als die, daß Kommunisten und Sozialdemokraten übereinstimmten im Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats. Diese Uebereinstimmung ist nur eine scheinbare. Sie bezieht sich nur auf den Ausdruck, nicht aber auf seinen Inhalt. Die bolschewistische Führerdespotie über das russische Proletariat haben wir nie als Diktatur des Proletariats anerkennen können. Wie tiefgehend und wie alt der Gegensatz zwischen sozialistischer und bolschewistischer Auffassung ist, kennzeichnet am besten die alte Kontroverse zwischen Rosa Luxemburg und Lenin, die auf das Jahr 1904 zurückgeht. Im Feuer der geschichtlichen Erprobung hat nicht Lenin, sondern hat Rosa Luxemburg recht behalten. Als sie erkannte, welches Unheil die bolschewistische Diktatur in Rußland anzurichten begann — wir werden die Größe dieses Unheils in den kommenden Jahren noch viel besser abzuschätzen in der Lage sein als bisher — wandte sie sich mit aller Kraft ihrer hinreißenden Dialektik gegen die Leninschen Abwege. Was Rosa Luxemburg darüber geschrieben hat (veröffentlicht aus ihrem Nachlaß durch Paul Levi:

»Die russische Revolution, eine kritische Würdigung«), gehört zu den besten, den dereinst klassisch werdenden Schriften der neuen Demokratie:

»Das alles zeigt, daß ‚der schwerfällige Mechanismus der Demokratie' einen kräftigen Korrektor hat — eben in der lebendigen Bewegung der Masse, in ihrem unausgesetzten Druck. Und je demokratischer die Institution, je lebendiger und kräftiger der Pulsschlag des politischen Lebens der Masse ist, um so unmittelbarer und genauer ist die Wirkung, trotz starrer Parteischulung, veralteter Wahllisten usw. Gewiß, jede demokratische Institution hat ihre Schranken und Mängel, was sie wohl mit sämtlichen menschlichen Institutionen teilt. Nur ist das Heilmittel, das Lenin und Trotzky gefunden, die Beseitigung der Demokratie überhaupt, noch schlimmer als das Uebel, dem sie steuern soll. Es verschüttet nämlich den lebendigen Quell selbst, aus dem heraus alle angeborenen Unzulänglichkeiten der sozialen Institutionen allein korrigiert werden, das aktive, ungehemmte energische politische Leben der breiten Volksmassen ... Ein Wahlrecht, das eine allgemeine Entrechtung ganz breiter Schichten der Gesellschaft ausspricht, das sie politisch außerhalb des Rahmens der Gesellschaft stellt, während es für sie wirtschaftlich innerhalb ihres Rahmens selbst keinen Platz zu schaffen imstande ist, — eine Entrechtung nicht als konkrete Maßnahme zu einem konkreten Zweck, sondern als allgemeine Regel von dauernder Wirkung, *das ist nicht eine Notwendigkeit der Diktatur, sondern eine lebensunfähige Improvisation* . . . Es ist eine offenkundige unbestreitbare Tatsache, *daß ohne freie, ungehemmte Presse, ohne ungehindertes Vereins- und Versammlungsleben gerade die Herrschaft breiter Volksmassen undenkbar ist* . . . Die bürgerliche Klassenherrschaft brauchte keine politische Schulung und Erziehung der ganzen Volksmasse, wenigstens nicht über gewisse, enggezogene Grenzen hinaus. Für die proletarische Diktatur ist sie das Lebenselement, die Luft, ohne die sie nicht zu existieren vermag . . . Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei — mögen sie noch so zahlreich sein — ist keine Freiheit. *Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden.* Nicht wegen des Fanatismus der Gerechtigkeit, sondern weil all das Belehrende, Heilsame und Reinigende der politischen Freiheit an diesem Wesen hängt, und seine Wirkung versagt, wenn die Freiheit zum Privilegium wird . . . Das ist kein Mangel, sondern gerade der Vorzug des wissenschaftlichen Sozialismus vor dem utopischen: Das sozialistische Gesellschaftssystem soll und kann nur ein geschichtliches Produkt sein, geboren aus der eigenen Schule der Erfahrung, in der Stunde der Erfüllung, aus dem Werden der lebendigen Geschichte, die genau wie die lebendige Natur, deren Teil sie letzten Endes ist, die schöne Gepflogenheit hat, zusammen mit einem wirklichen, einem gesellschaftlichen Bedürfnis stets auch die Mittel zu seiner Befriedigung, mit der Aufgabe zugleich die Lösung hervorzubringen. Ist dem aber so, dann ist es klar, *daß der Sozialismus sich seiner Natur nach nicht oktroyieren, nicht durch Ukase einführen läßt.* Das öffentliche Leben der Staaten mit be-

schränkter Freiheit ist eben deshalb so dürftig, so armselig, so schematisch, so unfruchtbar, weil es sich durch Ausschließung der Demokratie die lebendigen Quellen allen geistigen Reichtums und Fortschritts absperrt . . . *Der einzige Weg zu dieser Wiedergeburt ist die Schule des öffentlichen Lebens selbst, unbeschränkte, breiteste Demokratie, öffentliche Meinung.* Gerade die Schreckensherrschaft *demoralisiert* . . . Aber mit dem Erdrücken des politischen Lebens im ganzen Lande muß auch das Leben in den Sowjets immer mehr erlahmen. Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Preß- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt. *Diesem Gesetz entzieht sich niemand.* Das öffentliche Leben schläft allmählich ein. Einige Dutzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren. Unter ihnen leitet in Wirklichkeit ein Dutzend hervorragender Köpfe und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgeboten, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, *im Grunde also eine Cliquenwirtschaft, eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur* einer Handvoll von Politikern, das heißt Diktatur im bürgerlichen Sinne, im Sinne der Jakobinerherrschaft . . .

Der Grundfehler der Lenin-Trotzkyschen Theorie ist eben der, *daß sie die Diktatur, genau wie Kautsky, der Demokratie entgegenstellen.* ‚Diktatur oder Demokratie' heißt die Fragestellung sowohl bei den Bolschewiki wie bei Kautsky. Dieser entscheidet sich natürlich für die Demokratie und zwar für die bürgerliche Demokratie, da er sie eben als die Alternative der sozialistischen Umwälzung hinstellt. Lenin-Trotzky entscheiden sich umgekehrt für die Diktatur im Gegensatz zur Demokratie und damit für die Diktatur einer Handvoll Personen, das heißt für Diktatur nach bürgerlichem Muster. Es sind zwei Gegenpole, beide gleich weit entfernt, von der wirklichen sozialistischen Politik. Das Proletariat kann, wenn es die Macht ergreift, nimmermehr nach dem guten Rat Kautskys unter dem Vorwand der Unreife des Landes auf die sozialistische Umwälzung verzichten und sich nur der Demokratie widmen, ohne an sich selbst, ohne an der Internationale, ohne an der Revolution Verrat zu üben. Es soll und muß eben sofort sozialistische Maßnahmen in energischster, unnachgiebigster, rücksichtslosester Weise in Angriff nehmen, also Diktatur ausüben, *aber Diktatur der Klasse, nicht einer Partei oder einer Clique, Diktatur der Klasse, das heißt in breitester Oeffentlichkeit, unter tätigster ungehemmter Teilnahme der Volksmassen, in unbeschränkter Demokratie* . . .

Es ist die historische Aufgabe des Proletariats, wenn es zur Macht gelangt, an Stelle der bürgerlichen Demokratie *sozialistische Demokratie zu schaffen, nicht jegliche Demokratie abzuschaffen.* Sozialistische Demokratie beginnt aber nicht erst im gelobten Lande, wenn der Unterbau der sozialistischen Wirtschaft geschaffen ist, als fertiges

Weihnachtsgeschenk für das brave Volk, das inzwischen treu die Handvoll sozialistischer Diktatoren unterstützt hat. Sozialistische Demokratie beginnt zugleich mit dem Abbau der Klassenherrschaft und dem Aufbau des Sozialismus. Sie beginnt mit dem Moment der Machteroberung durch die sozialistische Partei. Sie ist nichts anderes als Diktatur des Proletariats.«

Soweit die Ausführungen Rosa Luxemburgs, die zum Besten und Klarsten gehören, was über das Problem jemals geschrieben worden ist. Dabei handelt es sich um ein Bekenntnis zur Demokratie, wie es unzweideutiger, grundsätzlicher und begeisternder nicht sein könnte.

Aus der eben geschilderten Kontroverse ergibt sich nun die Abgrenzung der Begriffe mit voller Klarheit. Seit den Tagen, da Rosa Luxemburg ihre denkwürdigen Bekenntnisworte niederschrieb, hat die Diskussion nicht geruht. Aber auch das Weltgeschehen nicht. Wir sind um anderthalb Jahrzehnte geschichtlicher Erfahrung reicher. Diese anderthalb Jahrzehnte (1918 bis 1933) haben in Deutschland über jenen formenbefangenen, handlungsunfähigen, gelähmten Demokratismus der deutschen Kriegs- und Nachkriegs-Sozialdemokratie das Urteil gerade so gesprochen wie in Rußland die bolschewistische Führer-Despotie sich unfähig erwiesen hat, die ökonomischen Probleme der russischen Revolution zu lösen. Weder Kautsky noch Lenin! Beide haben unrecht bekommen.

Nicht aus Furcht und nicht aus schwächlichem Opportunismus — wie unsere Gegner höhnen — verteidigen wir schweizerischen Sozialdemokraten die Demokratie gegen den Zugriff der Plutokratie. Nimmt die letztgenannte ihre Zuflucht zu den politischen Methoden des Mittelalters, so verteidigen wir umso leidenschaftlicher die demokratischen Volksrechte und eine wehrhafte, kampfentschlossene Demokratie, die sich von keiner faschistischen Minderheit überrennen läßt.

Hat unsere bürgerliche Demokratie seit der demokratischen Umwälzung im Kanton Zürich zu Ende der 60er Jahre keinen neuen, zukunfttragenden Gedanken mehr hervorgebracht, so sind wir als Sozialdemokraten um so mehr darauf stolz, daß die sozialistische Demokratie nicht bloß in einer kaum noch zu überblickenden Zahl proletarischer Organisationen aller Art, sondern auch in einer umfangreichen Literatur sich mehr und mehr entfaltet und einen Reichtum der Ideen und Vorschläge hervorbringt, in denen sich zukünftige Gestaltungen deutlich abzeichnen. Die kommende Entwicklung wird zeigen, inwiefern in den Auseinandersetzungen der Demokratie gegen die Plutokratie, die erstere einen Bundesgenossen findet in der uralten demokratischen Tradition unseres Volkes.

Im Kampf gegen die Fronten

Von Ernst Reinhard.

Selten hat eine mit so viel Schwung aufgebrochene Bewegung sich innerhalb kurzer Zeit vor der Katastrophe der Versandung gesehen wie die Fronten. Ohne daß irgendwie die Gefahr zu unter-